

# POLIZEI REPORT

G 46983

ISSN 0937-5333

Nr. 80 · Dez. 2020



Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen in der Gewerkschaft der Polizei  
und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

# INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

# POLIZEI REPORT



Karsten Bech

## LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

die Einsatzlage rund um den Ausbau der A 49, der NUK Transport und nicht zuletzt die zweite Welle der Corona-Pandemie haben uns fest im Griff. Überlegungen bestehende Dienstfolgen zu ändern, flexibles Zusammenziehen von erforderlichen Einsatzkräften und natürlich die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes beschäftigten uns momentan jeden Tag. Doch eines ist uns allen klar, egal welches Arbeitsmodell gewählt wird, das zur Verfügung stehende Personal wird dadurch nicht vermehrt. Deshalb muss auf den Dienststellen eine Personalplanung erfolgen, die möglichst alle Aspekte in die Planungen mit einbezieht. Dazu zählen nicht nur die Vorgaben der Beurteilung der Lage im Hinblick auf den Einsatzwert, sondern auch die sozialen Parameter der Beschäftigten. Natürlich gehört auch ein Augenmerk auf unterschiedlich gültige Arbeitszeitregelungen gelegt. So gelten für Tarifbeschäftigte – dazu zählt auch unsere Wachpolizei – andere Schutzbestimmungen als für die Vollzugspolizei. Gerade bei einer Einsatzlage, die sich noch

Vorwort	3
Weihnachtsgrüße	4
Corona macht's möglich – schriftliche JHV	5
Ehrungen KG Offenbach und Main-Kinzig	7
Zum Glück ist mir nichts passiert	8
Propaganda über soziale Medien	10
Einsatz im Dannenröder Forst	13
Leserbrief	17
Was Corona ermöglicht...	19
Dienstjubiläen	20
Verabschiedungen	23
Kommentar zum Tarifabschluss	24
Castor-Transport	25
Jubiläum der Bezirksgruppe Osthessen	27
Der 9. November – geschichtsträchtiger Tag	28
Personal bzw. -mangel im PP SOH	29
Einsatzbetreuung in Hanau	30

*Titelbild: Bild/Montage Martin Mohr*

über Wochen / Monate hinziehen wird, ist eine gute und soweit es machbar ist, eine soziale Personalplanung erforderlich. Ansonsten verheizen wir unser Personal und krankheitsbedingte Ausfälle werden auf der Tagesordnung stehen. Dies belastet natürlich dann nochmals das Personal, welches sich noch im Dienst befindet.

Diese Umstände haben wir als GdP und auch als Personalräte bei allen Erörterungsgesprächen deutlich gemacht und auch eingefordert.

Im Zusammenhang mit der Einsatzlage Ausbau BAB 49 und der ersten Blockadeaktion auf der A 5 durch Brückenabschneider, haben uns ganz viele Stimmen bzgl. der juristischen Bewertung erreicht.

Bei dieser Aktion sah man aus Sicht der Staatsanwaltschaft kein strafbares Handeln. Nötigung und Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr wurden verneint. Dies hatte natürlich auch zur Folge, dass polizeiliche Maßnahmen im Rahmen der Verhältnismäßigkeit nicht mit letzter

# Titelbild

Konsequenz durchgeführt werden konnten. Von dem Anspruch zivilrechtlicher Forderungen gegenüber den Verursachern eines kilometerlangen und stundenan-dauernden Staus möchte ich gar nicht sprechen.

Aber auch hier steht der Schutz privater Rechte im Raum. Man muss jedoch klar zum Ausdruck bringen, dass hier das Demonstrationsrecht und das Recht der freien Meinungsäußerung weit überschritten wurde. Wer Menschenleben gefährdet – dies tue ich, wenn ich mich von einer Brücke einer starkbefahrenen Autobahn abseile und dadurch unbeteiligte Verkehrsteilnehmer ablenke – gehört zur Rechenschaft gezogen. Bei einer folgenden Abseilblockade und der daraus erforderlichen Vollsperrung der Autobahn fand am Stauende ein schrecklicher Verkehrsunfall statt, bei dem ein junger Mann lebensgefährlich verletzt wurde und in ein künstliches Koma gelegt werden musste. Unfassbar sind die Aussagen der Aktivisten kausal mit der Unfallverursachung nichts zu tun zu haben. Bei einer weiteren Abseilaktion zeitgleich auf der A 3, A 5 und A 661 wurden nun richtiger Weise

Straftatbestände bejaht und eine Haftprüfung bei den Festgenommenen vorgenommen. Wäre von Anfang an der rechtliche Rahmen ausgeschöpft und ggf. die Höhe der zu erwartenden Regressforderungen in Aussicht gestellt worden, hätten diese nach wie vor brandgefährlichen Maßnahmen vielleicht keine Nachahmer gefunden. Aber in der Gesamtschau darf man gespannt sein, welche gerichtlichen Urteile für diese Aktionen gesprochen werden. Hier gehören deutliche Zeichen gesetzt, um zukünftig Leib und Leben von Unbeteiligten zu schützen.

Dass Verletzungen und Schlimmeres von diesen Straftätern billigend in Kauf genommen werden, zeigen die Vorkommnisse der vergangenen Wochen. Gespannte Drahtseile um Kolleginnen und Kollegen der Reiterstaffel zu verletzten, in den Hinterhalt gelockte und überfallene Streifenwagen, eingeworfene, mit Zwillen beschossene Scheiben von Einsatzfahrzeugen und abgeschossene Pyrotechnik sind nur Beispiele. Die Räumung und die Rodung des Dannenröder Forstes steht noch bevor. Experten sagen voraus, dass bei diesem Einsatzabschnitt eine noch

höhere Eskalationsstufe erreicht werden wird und mit massivem Widerstand zu rechnen ist.

Mir bleibt hier nur zu wünschen, dass möglichst wenige Kolleginnen und Kollegen verletzt werden. Aber eines ist klar, wer Polizei, Rettungskräfte, Feuerwehr etc. gefährdet oder gar absichtlich verletzen möchte, der hat das Recht auf Demonstration und freie Meinungsäußerung verwirkt und befindet sich nicht mehr im Rahmen des Grundgesetzes und der Verfassung und muss mit scharfen Sanktionen rechnen. Diese Umsetzung erwarte ich von Staatsanwaltschaften und Gerichten.

**Ein Hinweis für die Einsatzkräfte: Seit Beginn und bis zum Ende der Einsatzmaßnahmen A 49 ist unsere zentrale GdP Hotlinie 0611 – 99 22 777 geschaltet und wir sind für Euch 24/7 erreichbar.**

Glück auf! – achtet auf Euch und Eure Familien, bleibt gesund und kommt unbeschadet aus den Einsätzen wieder nach Hause.

Euer  
Karsten Bech



*Der Vorstand der GdP-Bezirksgruppen Südost-/Osthessen, die Redaktion und der Verlag des POLIZEI-REPORT Südost-/Osthessen wünschen unseren Kolleginnen und Kollegen sowie allen Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2021.*



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen der Gewerkschaft der Polizei und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach, Fulda, Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg, PAST Langenselbold, PAST Bad Hersfeld, PAST Petersberg

#### Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen  
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden  
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Andreas Grün  
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

#### Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,  
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen  
Geschäftsführer: H. R. Jud

#### Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt  
Telefon (0 69) 7 89 16 52

#### Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

#### Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südosthessen  
V.i.S.d.P. Thorsten Pfeiffer  
Autobahnmeisterei Nr. 10, 63505 Langenselbold  
GdP BZG Osthessen  
V.i.S.d.P. Karsten Bech  
Severingstr. 1-7, 36041 Fulda

#### Druck und Verarbeitung:

NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.  
(ISSN 0937-5333)

# ADVENT UND WEIHNACHTEN

## Eine verrückte Adventszeit und merkwürdige Weihnachten stehen vor der Tür

Mein Vorwort wollte ich nicht wie üblich zu dieser Jahreszeit mit den Worten abschließen: „Ich wünsche Euch eine schöne Adventszeit und frohe Weihnachten“. Nein, ich finde dafür ist die momentane Situation viel zu nachdenklich und besorgniserregend. Dass wir beim Einsatz für die Bürgerinnen und Bürger und damit für die Sicherheit unseres Staates auch mal auf Unverständnis stoßen, das dürfte jedem klar sein, der den ehrenwerten Beruf des Polizisten ergriffen hat. Leider macht mir jedoch die Gewaltspirale gegenüber der Polizei Sorgen. Sie dreht sich ständig weiter nach oben und die Hemmschwelle gegenüber den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen sinkt immer weiter ab. Respektlosigkeit, Beleidigungen und tätliche Angriffe stehen mittlerweile auf der Tagesordnung. Angriffe bei den Einsatzlagen im Dannenröder Forst habe ich bereits in meinem Vorwort beschrieben. Jedoch ereilen uns nun auch noch Bilder von Demonstrationen aus dem Bereich von Corona-Gegnern, die gewaltbereit der Polizei gegenüber treten. Keine Einzelfälle

waren die massiven Angriffe auf die Polizei in den Silvesternächten und die Bilder von zusammengerotteten Jugendlichen, die randalierend durch unsere hessischen Städte ziehen, um sich abzureagieren. Sich es noch zum Spaß machen, Kolleginnen und Kollegen mit Gegenständen zu bewerfen, schwerste Verletzungen in Kauf nehmen, ist der Höhepunkt dieser Gewaltspirale. Wie lange kann man hier noch zuschauen?

Eine Forderung nach Freiheitsstrafe nicht unter 6 Monaten, so von Innenminister Peter Beuth anlässlich der Krawalle am Wochenende um Halloween angekündigt, ist das Mindeste, was unsere Einsatzkräfte als Rückendeckung erwarten dürfen. Wie lange uns die Pandemie noch begleitet und Eingriffe in Persönlichkeitsrechte erforderlich sind, vermag noch keiner voraussagen. Dadurch wird die Stimmungslage innerhalb der Bevölkerung nicht besser. Neben der Gesundheitsgefahr stehen leider auch Existenzängste im Raum und viele wissen nicht weiter und machen ihrem Unmut Luft. Ich hoffe nur, dass wir keine Verhältnisse bei den Ausschreitungen bekommen, wie wir sie aus anderen Ländern kennen. Noch sind

wir eine Bürgerpolizei und dies soll auch so bleiben. Ich hoffe Ihr findet in dieser merkwürdigen Zeit ein wenig Rückhalt bei tollen Kolleginnen und Kollegen und Euren Familien. Weihnachtsmärkte fallen aus, Weihnachtsfeiern werden abgesagt, also alles anders als gewohnt.

Genießt trotzdem, wenn auch ohne Trubel, die besinnliche Adventszeit und das Weihnachtsfest im Kreise Eurer Lieben, bleibt gesund und kommt unbeschadet durch diese nachdenkliche Zeit. ■

Karsten Bech



# CORONA MACHT'S MÖGLICH

## KG HERSFELD-ROTENBURG MACHT EINE SCHRIFTLICHE JHV 2020

**Der geschäftsführende Vorstand der KG Hersfeld-Rotenburg hat beschlossen, dass in diesem Jahr eine schriftliche Jahreshauptversammlung stattfinden soll. Die Voraussetzungen dafür hat die Bundesregierung im März 2020 geschaffen. Im §5 des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der Covid-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz und Strafverfahrensrecht werden die Voraussetzungen und Anforderungen für eine schriftliche Jahreshauptversammlung beschrieben.**

Alle Mitglieder werden durch die Kreisgruppe angeschrieben. Im Brief enthalten sind alle erforderlichen Unterlagen, sowie ein Stimmzettel mit Rückumschlag. Es müssen mehr als die Hälfte der Mitglieder ihren Stimmzettel zurücksenden,

damit die Beschlüsse rechtens sind und die JHV beschlussfähig war.

In einem zu erstellenden Protokoll sind die Rückantworten, sowie das Abstimmungsergebnis der einzelnen Tagesordnungspunkte zu vermerken.

Neuwahlen finden nicht statt. Gem. §5 (1) bleiben die Vorstandsmitglieder weiterhin im Amt bis zu einer Abberufung, oder bis zur Bestellung eines Nachfolgers. Laut Auskunft des Registergerichts gilt dies auch für die Kassenprüfer.

Der Vorstand der KG Hersfeld-Rotenburg bitte deshalb darum, dass möglichst viele Mitglieder an der „schriftlichen Jahreshauptversammlung“ teilnehmen und ihren Stimmzettel rechtzeitig zurücksenden. Uns wäre eine Präsenzsitzung auch lieber gewesen, aber auf Grund der

aktuellen Inzidenz-Zahlen, den Corona-Vorschriften und unserer Verantwortung unseren Mitgliedern gegenüber haben wir uns entschlossen keine Präsenzsitzung durchzuführen. ■

Wir bitten um Euer Verständnis.

## KG Vogelsberg

Auch die Kreisgruppe Vogelsberg hat beschlossen, eine schriftliche Jahreshauptversammlung durchzuführen. Alle Mitglieder werden durch die Kreisgruppe angeschrieben und erhalten alle erforderlichen Unterlagen.

# VERFAHRENSWEISE JHV UND EHRUNGEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort Corona kann wohl niemand mehr hören, und jeder Einzelne hat sich das Jahr 2020 anders vorgestellt. Sowohl die Kreisgruppe Offenbach als auch die Kreisgruppe Main-Kinzig wollten in diesem Jahr ihre Jahreshauptversammlungen im Juni durchführen, im Monat nach der geplanten Personalratswahl im Mai 2020, aber es kam anders. Da nicht klar war, ob zu diesem Zeitpunkt überhaupt Räumlichkeiten für die regelmäßigen 60-80 Teilnehmer an den Jahreshauptversammlungen zu Verfügung stehen würden, und auch von unseren Veranstaltungen keine Gefahr für unsere Mitglieder ausgehen sollten, wurden die Jahreshauptversammlungen abgesagt.

Die Hoffnung, dass das Virus bis zum Jahresende besiegt sein würde, besteht spätestens seit Mitte Oktober 2020, wo ich diese Zeilen schreibe, nicht mehr. Alle Ballungsräume haben steigende Zahlen, und so steht für uns die Gesundheit des einzelnen vor den Formalien der Satzung, so dass in diesem Jahr keine Jahreshauptversammlungen der Kreisgruppen Main-Kinzig und Offenbach stattfinden werden. Laut Auskunft des GdP-Bundesvorstandes ist das auch möglich, zumal weder bei der Kreisgruppe Offenbach noch bei der Kreisgruppe Main-Kinzig Wahlen anstehen.

Die Kassenprüfungen werden jedoch selbstverständlich satzungsgemäß durchgeführt. Die Berichte der Kassenprüfer können bei den Kassierern (Michael Wahl in der Kreisgruppe Offenbach, Uwe Sachs in der Kreisgruppe Main-Kinzig) eingesehen werden.

Aufgrund Covid-19 mussten auch die traditionellen anderen Veranstaltungen wie der Herbstausflug, Wanderungen, Stammtische etc. ausfallen.

Ein wesentlicher Punkt für uns, lange zu hoffen in diesem Jahr doch noch eine Jahreshauptversammlung durchzuführen zu können, waren unsere Jubilare. Wer jahrelang der GdP seine Treue geschenkt hat, sollte auch würdig geehrt werden. Leider hat das Virus uns auch da einen Strich durch die Rechnung gemacht. Gerade die Jubilare ab 40 Jahre aufwärts gehören zweifellos zur Risikogruppe, so dass auch hier jede mögliche Gefahr vermieden werden sollte.

Wir haben uns daher entschlossen, die Urkunden und Ehrennadeln postalisch zu den Jubilaren zu schicken. Auch die traditionellen Präsente wie der Rhöner Schwartenmagen fallen aus, stattdessen werden wir sehr schöne Gutscheine mit-schicken, mit denen jeder etwas anfangen kann.

Bei den Jubilaren gibt es einen Unterschied zwischen den Kreisgruppen. Während die Kreisgruppe Offenbach seit jeher bei den Jahreshauptversammlungen jährlich ehrt, bilanziert die Kreisgruppe monatlich von Jahreshauptversammlung zu Jahreshauptversammlung. Daher werden bei der Kreisgruppe Offenbach diejenigen geehrt, die im Jahr 2020 Jubiläum hatten, bei der Kreisgruppe alle die seit der letzten Jahreshauptversammlung ein Jubiläum hatten, also von Juni 2019 bis Dezember 2020.

Wir hoffen wie alle, dass wir 2021 die Pandemie hinter uns lassen und wieder in gewohnter Weise mit unseren Aktivitäten fortfahren können.

Den nachfolgenden Jubilaren danken wir für ihre Treue und Unterstützung.

Bleibt gesund!



Markus Hüschenbett, Bezirksgruppe Südosthessen

## Jubilare der Kreisgruppe Offenbach

### 25-jähriges Jubiläum

Ursula Brückner  
Werner Dietzel  
Matthias Krakow  
Christian Kreinbihl  
Ute Mehner  
Markus Rieth  
Gabi Rudolph  
Ana Strauch  
Nadja Testory  
Andreas von Rebenstock  
Holger Wegmann  
Sandra Rebecca Wöllenstein

### 40-jähriges Jubiläum

Armin Brandes  
Hans-Joachim Gehlen  
Rainer Heberer  
Beate Kaiser  
Ulrich Loeffler  
Renate Mahl  
Bertold Reith  
Willi Schaeffer  
Bernd Schmidt

### 50-jähriges Jubiläum

Arno Althaus  
Gerald Baumgartl  
Klaus-Peter Daube  
Dieter Frisch  
Heinrich Meves  
Werner Oberschelp  
Erhardt Schütze

## Jubilare der Kreisgruppe Main-Kinzig

### 25 Jahre

Franz, Eric  
Mertens, Sabine  
Trautmann, Stephan  
Kottke, Annett  
Waldmann, Matthias  
Zahn, Cornelia  
Uppal, Klaus  
Desch, Peter  
Ricken, Matthias Franz  
Spangenberg, Sabine  
Petzold, Uwe  
Adrian, Olaf  
Steffens, Nicole

### 40 Jahre

Altner, Bernd  
Petersein, Stefan  
Knecht, Klaus Roland  
Baumgarten, Burkhard  
Schinzel, Peter  
Weinel, Berthold  
Olma, Jürgen  
Schneider, Edgar  
Jehn, Bernd

### 50 Jahre

Göbig, Günter

### 60 Jahre

Kistner, Karl

# „GOTT SEI DANK...WIEDER ZU HAUSE...“

## ...ZUM GLÜCK IST MIR NICHTS PASSIERT.“

Dies werden Polizisten\*innen, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sagen, wenn sie abends ihren Angehörigen erzählen, wenn sie von den momentanen Einsätzen nach Hause kommen.

Fällt nicht ein gewisser psychischer Druck von einem selbst, sowie von seinem Lebenspartner ab, wenn die Haustür nach dem Dienst aufgeschlossen wird und anschließend in das Schloss fällt?

Man das Lächeln seiner Kinder sieht und seinen Lebenspartner in den Arm nehmen kann?

Ist man nicht froh, wenn die Uniform wieder im Schrank hängt und man im Kreise seiner Familie zu Abend isst? Wenn einen die Alltagsorgen beschäftigen? Oder wenn die Familie gemeinsam vor dem Fernseher sitzt?



Ist es nicht schon fast menschenverachtend, wenn Polizisten\*innen unterstellt wird, dass sie sich über die Zerstörung der Lebenszukunft ihrer Kinder freuen (s. Artikel zu sozialen Medien) und auf der anderen Seite mit weiteren Überfällen und Repressalien gedroht und zum militanten Widerstand aufgerufen wird?

Bis zum 10.10.2020 waren es für alle Beteiligten normale Einsätze im Bereich des Dannenröder Forstes. Die Baumaßnahmen begannen, Demonstrationen, Aufzüge und unterschiedlichste Aktionen wurden ermöglicht und dazu Straßen und öffentliche Plätze gesperrt, Verkehr umgeleitet, etc...

Doch dann kam es zu einem hinterhältigen Angriff von mehreren vermummten Aktivisten auf ein Polizeifahrzeug. Frontscheibe, Seitenscheiben und Heckscheiben wurden mit Steinen beworfen, während sich Polizisten\*innen im Fahr-

zeug befanden. Steine drangen in das Fahrzeuginnere ein und verletzten zum Glück niemanden. So schnell wie die Aktivisten auftauchten, verschwanden sie auch wieder im Wald.



Quelle: Polizei Hessen.de / Twitter.de

Was empfindet ein Polizist\*in, wenn er die Wohnung verlässt und sich auf den Weg zum Dienst begibt? Was geht dem Lebensgefährten durch den Kopf, wenn der Partner die Wohnung in Uniform zum Dienst verlässt? Von Ängsten und Sorgen der Eltern ganz zu schweigen. Welche Gedanken, welche Ängste plagten die einen und den anderen, wenn er dann solche

Meldungen in der Presse liest, sieht oder hört?



Quelle: Oberhessen-live.de

Jeder Abschied zum Dienst könnte der Letzte sein, doch wer möchte schon an sowas denken?

Aber gerade in der momentanen Einsatzlage, in der den Kollegen\*innen Hass und Gewalt entgegenschlägt kommen solche Ängste und Gedanken auf. Der psychische Druck auf die Familie wächst enorm. Neben dem normalen Dienst kommen jede Menge Einsätze hinzu. Es bleibt kaum Zeit Geschehenes aufzuarbeiten oder dem Partner die Angst zu nehmen. Lebenspartner und Kinder gehen unterschiedlich damit um. Die Kinder entwickeln meist nur unterschwellig eine „Verlustangst“, während die Lebenspartner öfters damit zu kämpfen haben und nachts wach im Bett liegen. Miteinander reden hilft in den meisten Fällen, doch wann ist der richtige Zeitpunkt dafür? Sollten sich daraus Probleme entwickeln, ist macht es Sinn sich professionelle Hilfe zu suchen. Dies stellt keinen Makel dar, sondern ist ganz menschlich und sollte zur Selbstverständlichkeit werden. Oft wird es schwierig Termine zu bekommen



und es wird weiter in sich hineingefressen. Das Verhältnis zwischen den Partnern ändert sich, die Kinder leiden und es kommt nicht selten zur Trennung.

... was bitte treibt Menschen dazu, das Leben und die Gesundheit von Polizisten\*innen anzugreifen? Soll damit der Staat in die Knie gezwungen werden? Was geht in solchen Aktivisten vor?

Schreit nicht jeder (auch die Aktivisten) nach der Polizei, wenn sie sich bedroht und zu Unrecht angegriffen fühlen?

Wird heute die Staatsgewalt mit „einfacher körperlicher Gewalt“ oder anderen einschneidenden Maßnahmen durchgesetzt, so wird dies sehr oft als Polizeigewalt dargestellt und der „arme Aktivist“ ist das Opfer. „Er sitzt ja nur im Wald auf einem Baum, um den Bau der A49 zu verhindern.“

Ist das Recht nicht irgendwann ausgeschöpft und man muss in einer Demokratie eine Entscheidung akzeptieren?

Mit der Planung und der Genehmigung der A49 haben sich bis zum heutigen Tag insgesamt -15- Bundesregierungen und -12- Regierungen des Landes Hessen, in unterschiedlichster Zusammensetzung, befasst. Die Parlamente und Regierungen

wurden in geheimer und freier Wahl bestimmt und als Volksvertretung gewählt. Das Genehmigungsverfahren zum Ausbau der A49 wurde höchststrichlerlich überprüft und sämtliche Rechtswege ausgeschöpft.

Das Versammlungs- und Demonstrationsrecht wird allen Gegnern der A49 eingeräumt, solange es sich um friedliche Proteste handelt. Beides hat die Polizei zu ermöglichen und zu schützen. Auf der einen Seite den ungestörten Aus- und Neubau der A49 und auf der anderen Seite das Demonstrationsrecht der Ausbaugesner.

Somit hat die Polizei ihrem staatlichen Auftrag, diese Maßnahme und Aktivitäten zu schützen, nachzukommen. Wie jeder einzelne Polizist dazu steht, ist eine andere Sache. Er hat seinen Dienst auszuüben und für Recht und Ordnung zu sorgen.

Aber Polizisten\*innen solch eine Häme zu unterstellen, dass sie sich über die Zukunft ihrer Kinder keine Gedanken machen und daran noch Lust empfinden, schlägt dem Fass wohl den Boden aus.

Angriffe auf Einsatzkräfte sind auf das Schärfste zu verurteilen und zu bestra-



Quelle: Twitter.de

fen. Es ist nicht nur ein Angriff auf den Einzelnen sich im Einsatz befindlichen Polizisten\*in, sondern auch irgendwo ein Angriff auf dessen Familie und Angehörigen. ■

Text: Martin Mohr  
Bilder: OsthessenNews, PP Mittelhessen

# PROPAGANDA ÜBER SOZIALE MEDIEN...

## DAS INTERNET LÜGT NICHT, BZW. WAS DORT STEHT – STIMMT..

Die Waldbesetzer/Gegner der A49 oder Aktivisten kommunizieren und nutzen maßgeblich die Sozialen Medien – Twitter, Facebook, Instagram oder Telegram. Es werden auch permanent Beiträge bei „youtube“ hochgeladen und stehen dort zum Abrufen bereit. Dies ist eine schnelle und effektive Methode, um viele User zu erreichen. Mittlerweile werden diese Beiträge recht professionell gestaltet. Leider spielt der polizeifeindliche Aspekt immer öfter eine wichtige Rolle. So werden z.B. Falschmeldungen über rechtswidrige Personen- und Fahrzeugkontrollen über diese Medien verbreitet. Außerdem wird von einer angeblich zunehmenden Polizeigewalt berichtet. Hierzu werden Videosequenzen aus dem Zusammenhang gerissen und so geschickt geschnitten, dass die Aktivisten als Opfer der Staatsgewalt dargestellt werden.

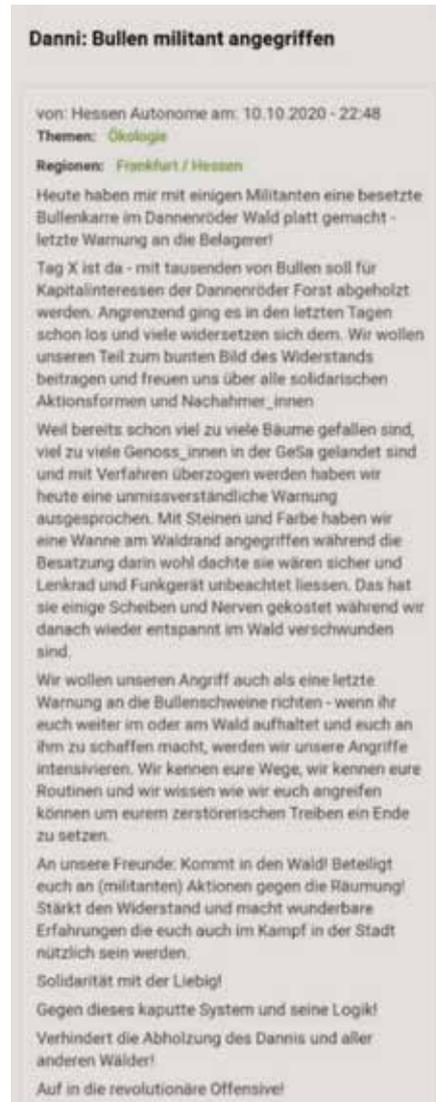


Quelle: Twitter

Ein trauriger Höhepunkt hierbei war der hinterhältige Angriff auf einen Vito am Waldrand des Dannenröder Forstes. Die Kollegen waren auf dem Weg zur Ablösung und ihr Fahrzeug wurde durch Steinwürfe so attackiert, dass Scheiben zerbarsten und Steine ins Fahrzeuginnere drangen. Verletzt wurde zum Glück niemand. Bevor auf diesen Angriff reagiert werden konnte, waren die Täter wieder im Wald verschwunden.

Über die sozialen Medien bekannte sich eine Aktivistengruppe und drohte mit weiteren Angriffen. Des Weiteren riefen

sie über mehrere Kanäle (Twitter/Instagram...) Aktivisten auf sich ihnen anzuschließen.



Nur wenige Tage später kam es zu einem ähnlich gelagerten Fall. Das Polizeifahrzeug wurde, durch auf dem Weg abgelegte Baumstämme, gestoppt. Kurz nach dem Stillstand des Einsatzfahrzeuges platzierten die Aktivisten Äste und Stämme auch hinter dem Fahrzeug. Im gleichen Augenblick bewarfen mehrere Aktivisten das stehende Fahrzeug mit Steinen.

Zum Glück wurde bis zum heutigen Tage noch niemand schwerer verletzt, aber wenn man die an den spezialbeschichtete Fahrzeugscheiben entstanden Schäden anschaut, kann man nur froh

sein, dass dort kein Kollege\*in saß. Hier wurde rücksichtslos und brutal das Leben und die Gesundheit von Kollegen\*innen angegangen und gefährdet.

Mit bewussten Falschmeldungen und Unwahrheiten versuchen sich die Aktivisten als Opfer der Staatsgewalt darzustellen. Es werden Behauptungen aufgestellt, die jedweder Grundlage entbehren. Eins der beliebtesten Themen ist die Behinderung der Pressefreiheit. Die Polizeisprecher und die Einsatzkräfte bemühen sich vor Ort, um eine objektive Berichterstattung zu ermöglichen. Anfänglich gab es Abstimmungsschwierigkeiten bzw. Standpunkte, die aber inzwischen wohl geklärt sind. Zum Schutz der Presseangehörigen werden diese an und teilweise auch in die Gefahrenbereiche geführt. Dort können sie die Fäll- und Räumarbeiten mit einem Sicherheitsabstand beobachten.



Quelle: Twitter

Durch die crossmediale Nutzung der unterschiedlichen Anbieter werden „medial Tatsachen“ geschaffen, die der Gewinnung von Sympathisanten dienen soll. Dies könnte auch funktionieren, wenn sich der geneigte Nutzer bzw. Leser nicht auch noch an anderer Stelle informieren würde.

OH-MM



# EINSATZ IM FORST

## RODUNGEN FÜR DEN AUSBAU DER A49 VON KASSEL BIS ZUM OHMTAL-DREIECK...

Am 01.10.2020 begannen die Rodungsarbeiten für den Ausbau der A49 im Bereich von Stadtallendorf. Nach Erlangung der Rechtssicherheit und der Erteilung der Baugenehmigung starten die beauftragten Firmen mit der Fällung der Bäume.

Zum Beginn der Rodungsarbeiten war die Polizei mit einem Großaufgebot vor Ort. Es mussten und müssen protestierende Aktivisten mit Hilfe von Höhen-Interventions-Teams von den Bäumen geholt werden. Der Sicherheitsbereich wird abgesucht und vermeintliche Protestler aus dem Wald gebracht und mit einem Platzverweis belegt. Erst dann konnte und kann mit der Rodung begonnen werden. Die Sicherheit steht an erster Stelle, sodass es öfters zu Verzögerungen kommt. Um dies zu gewährleisten ist ein großer Teil der Kräfte direkt im und am Wald gebunden. Hinzu kommt der technische Aufwand um die Aktivisten zu bergen.

Da allen Gegnern der A49 das Versammlungs- und Demonstrationsrecht eingeräumt wird, werden auch außerhalb der Waldgebiete eine große Zahl an Kräften benötigt. Bis jetzt hat die Polizei es ermöglicht die Rodungsarbeiten durchzuführen und zu schützen, sowie das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu gewähren. Bisher verliefen die Proteste friedlich und es konnten zum Glück keine Verletzten beklagt werden.

Die Polizei des Land Hessen bekommt Unterstützung von den anderen Bundesländern sowie der Bundespolizei um diese Großlage zu bewältigen. Die eingesetzten Kollegen\*innen sind in Hotels rund



Teile der stillgelegten Herrenwaldkaserne wurden als Unterkunft angemietet.

um den Einsatzort untergebracht, sodass Ruhe- und Erholungszeiten eingehalten werden können.

Im Bereich Stadtallendorf (Kreis Marburg-Biedenkopf) sollen insgesamt 85 Hektar gerodet werden. Diese Fläche teilt sich auf drei Wälder auf. So sollen im Herrenwald ca. 49 Hektar gerodet werden. Im Maulbacher Wald bei Homberg (Vogelsbergkreis) wurden bereits etwa 3,5 Hektar Bäume abgeholzt. Im Dannenröder Forst, der sich als das Symbol und Zentrum für die A49-Proteste herauskristallisiert hat, haben die Rodungen von ca. 27 Hektar noch nicht begonnen. Laut Angaben der verantwortlichen Firma Deges sollen etwa 750 Hektar neu aufgeforstet werden. Unter anderem ist ein naturnaher Wald als Ausgleichsfläche geplant.

Um die Rodungsarbeiten zu behindern oder zu erschweren sind die Aktivisten sehr kreativ. Von aufgestellten Tripods, Quertraversen, Hängematten in luftiger Höhe, Look-on, Plattformen bis hin zu Baumhäusern findet man in den Waldge-

bieten rund um die geplante Trasse. Hinzu kommen Blockaden aus allen möglichen Materialien. Meist handelt es sich um Baumstämme und aufgeschichtete Äste auf den Waldwegen. Inzwischen kommt es auch vor, dass „Krähenfüße“ auf den Waldwegen verstreut werden und Einsatzfahrzeuge zu Schaden kommen. Eingeschlagene Nägel in den Baumstämmen sollen eine Fällung des Baumes verhindern. Solch präparierte Bäume sind mit Hinweisen für die Waldarbeiter versehen.

Alle Beteiligten sind sich aber einig, dass die bisherigen Proteste, die zur Verlangsamung der Rodungsarbeiten geführt haben nur ein kleiner Vorgeschmack auf das waren, was die Einsatzkräfte im Dannenröder Forst erwarten wird. Dort sind teilweise festungsartige Strukturen entstanden, die von internationalen Aktivisten bewohnt werden. Baumhäuser mit entsprechender Verglasung und Solaranlagen befinden sich in schwindelerregenden Höhen und sind durch entsprechende Drahtseile gesichert. Betonblockaden befinden sich in den Waldwegen. Dies ist nur ein kleiner Auszug von dem, auf was die Kollegen\*innen im Dannenröder Forst stoßen werden. Es bleibt zu hoffen, dass es keine Verletzte oder sogar Schlimmeres gibt.

Leider kam es bei den bisherigen Protesten auch zu unschönen Situationen. So wurde ein Einsatzfahrzeug völlig unvermittelt auf dem Weg zur Ablösung aus dem Wald mit Steinen angegriffen. Diese durchschlugen die Seitenscheiben und



Verpflegungsausgabe im großen Zelt



### Einzelportionen statt Buffet im großen Zelt

gelangten ins Innere des Fahrzeuges, aber verletzten zum Glück niemanden.

Auch ein weiterer Angriff verlief glimpflich. Ein Einsatzfahrzeug musste wegen einer Wegblockade auf einem Waldweg stoppen. Sofort wurde hinter dem stehenden Fahrzeug eine weitere Blockade errichtet und Steine auf das Fahrzeug geworfen. Auch in diesem Fall wurde niemand verletzt und die Täter verschwanden unerkannt im Wald.

Einen gesicherten Funkmast der Polizei beschossen die Aktivisten aus dem Wald heraus mit Feuerwerkskörpern. Auf Grund fehlender Reichweite entstand kein Schaden und die Kollegen wurden nicht gefährdet.

vollgesperrt werden mussten und es zu stundenlangen Verzögerungen und einem immensen wirtschaftlichen Schaden kam. Die an der Brücke hängenden Aktivisten mussten unter großem Aufwand von einem Höhen-Interventions-Team gerettet werden. Dieses musste teilweise extra mit dem Hubschrauber vor Ort geflogen werden. Was nun straf- oder zivilrechtlich auf die Aktivisten zukommt ist noch nicht abzusehen. Bei der letzten Aktion wurde gegen -10- Protestler U-Haft angeordnet, weil die Identität offensichtlich nicht feststeht.

Für die Unterbringung und die Verpflegung der Kräfte im Einsatz wurden Teile der Herrenwaldkaserne in Stadtallendorf angemietet. Es handelt sich um stillgelegte Bundeswehrunterkünfte, in denen sich die Kollegen\*innen im Einsatz verpflegen und erholen können. Die Verpflegung wird mit Unterstützung des THW ausgegeben. Auf Grund der Corona-Pandemie sind leider nur Einzelportionen und kein Buffet, wie man es anderen Einsatzlagen kennt, zulässig. Für die Entsorgung wurden auf dem Gelände Toilettencontainer in ausreichender Anzahl aufgestellt. Diese sind beheizt und werden rund um die Uhr von einer Reinigungsfirma betreut, sodass auch hier ein Corona-Standard gehalten wird.

Gerade im Hinblick auf die Verpflegung und Unterbringung wurde die GdP Hessen aktiv. Bereits bei der vor-Ort-Besichtigung der stillgelegten Kaserne war klar, dass eine externe, ordentliche, wintertaugliche SanitärLösung gefunden werden muss, was zu der oben erwähnten Lösung führte.

Des Weiteren stellte die Heizung in den Räumlichkeiten ein Problem dar. Die Heizkraft der Fernwärme reichte nicht aus, um die Aufenthaltsräume angemessen zu beheizen. Inzwischen wurde die Heizleistung verstärkt und die Einsatzkräfte können sich nun in den Gebäuden aufwärmen.

Im Bereich des Arbeitsschutzes veranlasste die GdP über die Personalräte und den Hauptpersonalrat die Beschaffung eines Repellents (Schutzmittel) gegen Zecken, da es sich bei Teilen der Waldgebiete um Risikogebiete handelt. Auch steht für die Einsatzkräfte im Wald Klebeband zum Abkleben der Hosenbeine zur Verfügung.

Durch unsere GdP-Vertreter vor Ort besteht kontinuierlich Kontakt zu den Einsatzkräften, sodass sofort auf Mängel und Beschwerden reagiert werden kann. Unter anderem wurde ein größeres Zelt zur Verpflegungsausgabe aufgestellt, um



### Unterkunft in der Kaserne



Allerdings zeigen diese Einzelfälle, zu was Teile der A49-Gegner fähig sind. Anscheinend sind selbst Angriffe auf die Gesundheit und Leben der Kollegen\*innen ein Mittel um den Ausbau der A49 zu stoppen.

Auch außerhalb des Rodungsbereiches kommt es zu unterschiedlichen Protesten. So fanden an mehreren Autobahnbrücken Abseilaktionen statt, sodass diese



### Eine externe, wintertaugliche Sanitäranlage wurde installiert

# Einsatz im Dannenröder Forst



Fotos: osthessennews.de, Hendrik Urbin



die Warteschlangen zu entzerren und die Ausgabe zu beschleunigen. Abstände können somit besser eingehalten werden. Dennoch ist immer noch die Eigenverantwortlichkeit der Kollegen\*innen gefordert.

Die anfänglich angedachte Arbeits- und Einsatzzeit konnte mit Hilfe des Hauptpersonalrats rechtzeitig angepasst werden. Eine Schichtumstellung für das gesamte Land Hessen wurde durch den HPR abgelehnt, da es keine zusätzlichen Kräfte freigesetzt hätte.

Im Einsatz befinden sich jetzt auch Hygienescouts, die im Nebenamt den Arbeitsschutz unterstützen. Mit ihrer Hilfe soll eine Ausbreitung der Covid-19-Pandemie eingeschränkt werden. Die Hygienescouts dienen als Hinweisgeber und Ansprechpartner hinsichtlich getroffener und zu treffender Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Covid-19-Virus.

Alles in allem handelt es sich um einen der umfangreichsten Einsätze, die das Land Hessen in den letzten Jahren hatte. Über die Dauer des Einsatzes und den weiteren Umfang kann im Moment wohl noch niemand etwas sagen. Es wäre ein Blick in die Glaskugel. Vermutlich endet

der Einsatz erst mit der Eröffnung der A49 von Kassel bis zum Ohmtal-Dreieck. Es bleibt zu hoffen, dass es keine Verletzten oder Toten gibt. Diesbezüglich kann man nur an die Vernunft jedes Einzelnen appellieren.

OH-MM



## LESERBRIEF

Hallo,  
als ich die September-Ausgabe des Polizei-Reports las, fiel mir auf S. 22 ein Fehler auf, der mich als Hobby-Ornithologe und Naturschutzwart dazu veranlasst, ihn zu berichtigen. Bei der gezeigten Eule handelt es sich nicht um einen Steinkauz, sondern eindeutig um einen strix aluco, einen Waldkauz. Die vom Aussterben bedrohten Steinkäuze sind nur etwa so groß wie eine größere Männerfaust und leben fast ausschließlich in Streuobstwiesen.

Viele Grüße :-)

Burkhard Staab  
Pst. Mühlheim

Anmerkung der Redaktion:  
Vielen herzlichen Dank für die Zuschrift und den Hinweis um welche Eulenart es sich handelt. Hiermit möchten wir uns bei den Lesern für den Fehler entschuldigen und stellen nun im Nachhinein

fest, dass es sich auf dem Bild zum einen um einen Waldkauz (strix aluco) handelt, der von einem „echten Klitsch“ gerettet wurde.



Steinkauz

© Nabu



Waldkauz



# WAS CORONA ERMÖGLICHT...

## 10 ERKENNTNISSE AUS UND IN DER CORONA-PANDEMIE FÜR DIE POLIZEI HESSEN



Der durch vielerlei Maßnahmen relativ milde Verlauf von Covid-19 im Frühjahr und Sommer 2020 schlägt gerade (Mitte Oktober 2020) ins Gegenteil um, speziell in größeren Städten gehen die Fallzahlen nach oben. Man kann nicht prognostizieren, wie der Winter 2020 verlaufen wird. Fakt ist aber, dass die Polizei auf ähnliche Lagen in Zukunft vorbereitet sein muss. Was gab es also bisher aus der Corona-Pandemie zu lernen?

### 1. Telearbeit ist im größeren Umfang möglich als bisher

Durch Corona wurde demonstriert, dass in viel mehr Bereichen als gedacht eine Arbeit von zuhause aus möglich und sinnvoll ist. Daher sollten mehr Möglichkeiten für regelmäßige Telearbeit geschaffen werden.

### 2. Schutzmasken, Desinfektionsmittel, Handschuhe und andere Arbeitsmittel müssen ausreichend vorgehalten werden

Niemand konnte mit einer Pandemie von diesem Ausmaß rechnen. Da wir aber nun gesehen haben was geschehen kann, müssen wir vorbereitet sein, gerade weil die Polizei für die Überwachung und Einhaltung von Maßnahmen eingesetzt wird. Engpässe darf es nicht geben, und es muss Nachschub aus dem Inland möglich sein.

### 3. Ausreichend Personal ist keine Kür sondern Pflicht

Um in ein hessenweites 4-Schicht-System umzuschalten, müssen hessenweit erst mal alle Schichtdienststellen so ausgestattet sein, dass eine 5. Dienstgruppe rechnerisch und vollumfänglich

möglich wäre. Nur dann macht eine Umstellung Sinn.

### 4. Es kann für andere gefährlich werden, wenn man „nur wegen einer kleinen Erkältung“ nicht zuhause bleibt – auch ohne Corona

Was für jüngere und/oder weniger anfällige Menschen eine kleine Erkältung ist, kann für andere Menschen (oder deren Umfeld) sehr gefährlich werden. Laut Schätzungen des Robert-Koch-Instituts starben an der Grippewelle 2017/2018 ca. 25.000 Menschen in Deutschland (Tote mit Covid-19 sind Mitte Oktober laut Robert-Koch-Institut 9.716 Fälle registriert). Die Grippewelle 2017/2018 wäre mit der bei Corona empfohlenen Hygiene-Etikette wohl deutlich niedriger gewesen.

### 5. Ohne Polizei, Feuerwehr und den medizinischen Bereich geht es nicht

Schon ohne Pandemie sollte jedem klar sein, dass unsere Gesellschaft ohne die genannten Berufsgruppen nicht klarkommt. Dies sollte in allen genannten Bereichen zu angemessener Bezahlung und Entwicklungsmöglichkeiten führen. Für Applaus kann sich niemand etwas kaufen.

### 6. Föderalismus macht bei einer Pandemie keinen Sinn

Eigenständigkeit einzelner Bundesländer ist in einigen Bereichen wie Kultur und Wirtschaft sinnvoll, bei einer weltweiten Gesundheitskrise ist es aber für den Bürger vollkommen unverständlich, wenn jedes Land oder sogar einzelne Bürgermeister Sonderregelungen treffen. Wer darf mit wie vielen Menschen unterwegs sein, was ist geöffnet, was geschlossen, was ist erlaubt? Es bedarf einer bundeseinheitlichen

Lösung, sonst kommt es zu einem Profilierungswettbewerb der regionalen Politiker.

### 7. Besprechungen können gut und effizient über das Internet erfolgen

Telefonkonferenzen und Videokonferenzen stellen eine gute Alternative zu physischen Treffen dar. Staufrei, ohne Verbrauch von Kraftstoff und Zeit kann eine Besprechung professionell durchgeführt werden. Redebeiträge werden oft kürzer und auf den Punkt gebracht.

### 8. Fokussierung auf das Wesentliche

Durch Corona wurden viele dienstliche Dinge abgesagt, die wenig Priorität hatten. Auch ohne Corona wäre so eine Priorisierung möglich und oft wünschenswert, um sich auf das polizeiliche Kerngeschäft zu besinnen. „Weil man das schon immer so macht“ hat als Argument ausgedient.

### 9. Krise als Katalysator

Ein Katalysator ist ein Stoff, der einen Prozess in eine bestimmte Richtung lenkt und/oder beschleunigt. In diesem Fall hat eine recht milde „Krise“ (die bei der ersten Welle in Deutschland durch zuhause bleiben, regelmäßiges Händewaschen und Gesichtsmasken zu bewältigen war) dazu geführt, dass sich der Geisteszustand von ohnehin schon wunderlichen Verschwörungstheoretikern, sog. Reichsbürgern etc. noch verschlimmert hat. Eigentlich immer verfügbare Dinge wie Toilettenpapier und Nudeln wurden gehamstert, und es kam sogar vereinzelt zu körperlichen Auseinandersetzungen darüber. Was in einer härteren Krise mit mehr Einschränkungen und Engpässen bei Nahrung etc. passieren könnte, kann sich jeder ausmalen – die Polizei aber muss vorbereitet sein.

### 10. Was nicht genannt wurde

Dieser Punkt ist euch als Lesern vorbehalten. Was ist eure Haupteigenkenntnis, die hier nicht genannt wurde? E-Mails mit Begründung bitte an [gdp.ppsoh@polizei.hessen.de](mailto:gdp.ppsoh@polizei.hessen.de).

Die besten Einsendungen werden veröffentlicht. ■

Markus Hüschent, Bezirksgruppe Südosthessen

# DIENSTJUBILÄUM

## DIRK STIEHLER BEGEHT 40-JÄHRIGES DIENSTJUBILÄUM

Anfang Oktober konnte Dirk sein 40-jähriges Dienstjubiläum feiern. Zu diesem Anlass überbrachte Alexandra Stehr-Kröll die herzlichsten Glückwünsche von der Kreisgruppe Vogelsberg.

Dirk begann seine Ausbildung 1980 bei der Bereitschaftspolizei. Danach wurde er 3 Jahre in Hanau bei der Bereitschaftspolizei eingesetzt. Anschließend versah er 6 Jahre im PP Ffm in verschiedenen Abteilungen seinen Dienst. Später machte er eine Schleife über die PSt Melsungen und die PSt Stadtallendorf bis ihm schließlich in 1993 die Versetzung nach Osthessen

zur PSt Lauterbach in den Streifendienst gelang. Seit 1999 bis heute ist er in der Dezentralen Ermittlungsgruppe bei der Polizeistation Lauterbach zu finden.

Dirk ist bereits seit 38 Jahren in der GdP und wir hoffen, dass er uns noch viele Jahre treu bleibt. Wir wünschen Dirk für die Zukunft alles Gute und viel Gesundheit. ■

Alexandra Stehr-Kröll  
KG Vogelsberg



## TREUE SEELE UTE FUCHS FEIERT 40-JÄHRIGES DIENSTJUBILÄUM



Anfang November feierte Ute Fuchs, bekannt als treue Seele von Lauterbach, ihr 40-jähriges Dienstjubiläum. Zu diesem Anlass überbrachte Alexandra Stehr-Kröll die herzlichsten Glückwünsche von der Dienststelle, dem Personalrat und von der Kreisgruppe Vogelsberg.

Ute begann nach ihrer Ausbildung bei den Holzwerken in Lauterbach ihren Dienst bei dem damaligen Polizeikommissariat in Lauterbach. Dort durchlebte sie einige Chefs mit deren Launen und Eigenarten. Sie hat immer ihre Ruhe bewahrt und war und ist der ausgleichen-

de Pol für die Mitarbeiter. Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle. Stolz ist sie auf ihre beiden Söhne und natürlich auf die beiden Enkel, die die Oma schön beanspruchen. Einen Ausgleich findet Ute beim Chorsingen und Klavier spielen.

Ute ist bereits seit 38 Jahren in der GdP und seit der letzten Wahl auch im Vorstand der Kreisgruppe VB tätig. Wir hoffen, dass sie uns noch viele Jahre treu bleibt.

Besonders ich wünsche Ute alles erdenklich Gute und dass wir in ihren letzten Dienstjahren noch viel Spaß haben. ■

Alexandra Stehr-Kröll  
KG Vogelsberg



**GdP – gemeinsam sind wir stark!**

[www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen)



# VERABSCHIEDUNGEN

## VOGELSBERGER SPITZEN MIT ANDREAS BÖHM, PETER MUTH UND JÖRG STEIN VERABSCHIEDEN SICH



Andreas Böhm (links) und Peter Muth bei der Feierstunde

**Andreas Böhm**, Leiter der Polizeidirektion Vogelsberg, wurde Ende Juli im Rahmen einer Direktionsleiterbesprechung in den Ruhestand verabschiedet. Coronabedingt fanden diese Veranstaltungen derzeit eher im kleinen Rahmen statt, deshalb wurde es von der Kreisgruppe Vogelsberg nicht versäumt, ihm wenigstens ein kleines Präsent zukommen zu lassen und ihn somit zu verabschieden.

Andreas Böhm ist und war im Vogelsberg kein Unbekannter, er war schließlich bereits 1998–2001 in Lauterbach. Aber vorher hat er schon einige Stationen durchlaufen. 1978 begann er seine Ausbildung, danach war er 2 Jahre beim PP Frankfurt als Streifenbeamter eingesetzt um danach in Maintal bei der PD Hanau tätig zu sein. Auch Station beim RP Darmstadt hat er gemacht. Danach begann in 1993 die Ausbildung zum höheren Dienst. Als Leiter Zentrale Kriminalitätsbekämpfung war er von 1995–1998 beim PP Nordhessen in Kassel. Danach, wie be-

reits erwähnt, schlug er im Vogelsberg auf. In 2001 wurde er Leiter der Zentralen Dienste beim PP Osthessen in Fulda. 2009 wechselte Herr Böhm nochmals nach Nordhessen ebenfalls als Leiter der Abteilung Zentrale Dienste, bis er schließlich wieder in die Heimat zurückkam und schließlich in 2011 die Leitung der PD Vogelsberg übernahm und von hier in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet wurde.

Wir möchten nicht versäumen von hier aus schon für 40-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit zu danken.

**Jörg Stein** startete seine polizeiliche Laufbahn 1978 mit der Ausbildung zum mittleren Polizeidienst. Nach einer kurzen Verwendung bei der Bereitschaftspoli-

zei zog es ihn in den Streifendienst nach Frankfurt a.M.. Im Jahr 1991 schloss er sein Studium für die gehobene Laufbahn ab und wechselte für einige Jahre zum Polizeipräsidium Nordhessen. Den ersten Dienst für sein Heimatpräsidium versah er im Jahr 1995. Elf Jahre später war er schließlich als Vertreter mit der Leitung der Polizeistation Alsfeld betraut, die er ab 2016 hauptverantwortlich bis zu seiner Ruhestandsversetzung führte.

Jörg Stein danken wir für über 35-jährige Mitgliedschaft.

**Peter Muth** kam nach seiner Ausbildung in 1983 zum PP Offenbach, danach zur PSt Hanau, anschließend begann er seinen Dienst bei der PAST Kassel und schließlich 1996 wurde er heimatnah zum PP Osthessen zur PD Fulda versetzt.

Als PvD beim PP Osthessen war er bis 2008 tätig, dann übernahm er befristet die Stationsleitung der PSt Alsfeld, bis er danach in 2009 die Stationsleitung in Lauterbach übernehmen konnte und diese bis zu seiner Ruhestandsversetzung im August 2020 leitete.

Peter Muth können wir zum 25-jährigen Gewerkschaftsjubiläum gratulieren.

Wir wünschen allen Chefs viel Gesundheit und weiterhin viel Lebensfreude. ■

Eure Kreisgruppe Vogelsberg

### Jörg Stein mit seiner Lebensgefährtin



# VERABSCHIEDUNG

## PHK JOACHIM FRITSCH NACH ÜBER 43 DIENSTJAHREN IN DEN RUHESTAND VERABSCHIEDET

PHK "Jo" Fritsch wurde am 30. Oktober 2020 vom Leiter E 3, Thorsten Schnell, in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

In Anwesenheit seiner Dienstgruppe sowie des Personalratsvorsitzenden Karsten Bech würdigte Thorsten Schnell die Verdienste von PHK Fritsch und skizzierte in einen gemeinsamen Dialog seinen Werdegang. Joachim Fritsch kam am 04.04.1977 zur Hessischen Polizei und machte seine ersten Schritte im Grund-

lehrgang für Polizeiwachtmeister bei der V. HBPA in Kassel-Niederzwehren. Nach der I. Fachprüfung am 12.10.1979 und weiteren Stationen im Streifen- und Verkehrsdienst beim PP Frankfurt, der PK Lauterbach, der Pst. Hünfeld und Fulda sowie der Verwaltungsfachhochschule mit Ablegen der II. Fachprüfung fand Koll. Fritsch 2001 seine Verwendung als „Mann der ersten Stunde“ in der Leitstelle des neu gegründeten PP Osthessen, in der er bis zu seiner Pensionierung als Dienstgruppenleiter arbeitete. Er vertrat die Behörde als Leiter des Anwenderforums, war ELS Systembetreuer und zuletzt Multiplikator zur Einführung des neuen Einsatzführungssystems. Er wird als Mensch und

Kollege mit großen Sach- und Fachverstand ohne Fehl und Tadel skizziert.

Nach offizieller Überreichung der Urkunde und einem Abschiedsgeschenk durch den Dienststellenleiter bedankte sich der Personalratsvorsitzende Karsten Bech im Namen des Personalrates aber auch im Namen der GdP, für die sich Jo Fritsch über viele Jahre engagierte.

Zum Schluss der kleinen Feierstunde lud der frisch gebackene Ruheständler die Anwesenden zu einem kleinen Imbiss ein, nachdem ihn seine Dienstgruppe ebenfalls mit einem Geschenk verabschiedete.

Thorsten Schnell



# KOMMENTAR

## CORONA UND TARIFABSCHLUSS TVÖD

Mit Tarifabschlüssen ist das so eine Sache, mal zeigt sich die eine, mal die andere Seite mehr oder weniger zufrieden. Schon im Vorfeld der Verhandlungen laufen seit Jahren die Rituale ähnlich ab, die Gewerkschaften formulieren ihre Forderungen, die Verhandlungspartner:innen auf der Gegenseite lehnen diese als unbezahlbar ab.

Nach mehreren (Warn-)Streiks und Verhandlungsrunden legt dann die Arbeitgeberseite endlich ein niedrighelwiges Angebot vor, was von den Gewerk-

schaften als Zumutung für ihre Mitglieder empfunden wird.

In weiteren Verhandlungen, oft begleitet von Demonstrationen und weiteren Streiks, einigt man sich nach einer langen Nacht auf einen neuen Tarifabschluss.

So, natürlich stark verkürzt, die geübte Praxis, so auch anscheinend in diesem Jahr bei den Tarifverhandlungen für Bund und Kommune.

Aber dieses Jahr standen diese Verhandlungen unter dem Einfluss der Corona-Pandemie, damit verbunden sind unbestritten enorme Belastungen für die

öffentlichen Kassen. Somit bestand eine noch schwierigere Ausgangslage für die Gewerkschaften am Verhandlungstisch.

Das erzielte Ergebnis für den TVÖD im Wesentlichen:

- Zum 01.04.2021 steigen die Löhne und Gehälter um 1,4 Prozent
- Zum 01.04.2022 steigen die Löhne und Gehälter um 1,8 Prozent
- Alle Beschäftigten erhalten mind. 50,00 €, Auszubildende 25,00 €
- Pflegeberufe erhalten ab 2022 monatlich eine Pflegezulage von 120,00 €

- Die Laufzeit des Tarifabschlusses beträgt 28 Monate
- In diesem Jahr erhalten die Beschäftigten dazu eine gestaffelte Coronaprämie, und zwar
  - für die unteren Entgeltgruppen 600,00 €
  - für die mittleren Entgeltgruppen 400,00 €
  - für die oberen Entgeltgruppen 200,00 €.

Die Gewerkschaften sprechen von einem „respektablen“ Ergebnis, der Bundesinnenminister Horst Seehofer bezeichnete den Abschluss als „historisch“.

Was, so frage ich mich, ist hier historisch zu sehen. Die Arbeitgeberseite ist auch diesmal ihrer bisherigen Linie treu geblieben. Immer sind bei ihnen die Kassen leer, es muss gespart und an die nachfolgenden Generationen gedacht (als moralisches Totschlagargument) werden... Anerkennung, Lob und Beklatschen hatten die systemrelevanten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, allen voran in den Pflegeberufen, reichlich in den letzten Wochen und Monaten erfahren. Nur wenn es um deren konkrete Lohnsteigerungen geht, zeigen sich die Arbeitgeber wieder extrem zugeknöpft.

Merke: Ohne die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Deutschland wäre die 1. Welle der Coronapandemie für die Bevölkerung sicherlich schlimmer ausgefallen. Wo stünden wir heute, wenn es in Deutschland ähnlich dramatische Bilder wie z. B. beim Coronaausbruch in Italien gegeben hätte?

Können wir uns einen weiteren Abbau im öffentlichen Gesundheitswesen, in der Altenpflege, im Sicherheitsbereich usw. leisten? Dies wurde leider in den letzten Jahren gerne praktiziert, mit den jetzt sichtbar schlimmen Folgen.

Was ist also wirklich wichtig für ein funktionierendes Gemeinwesen, konkret für die öffentliche Daseinsvorsorge? Das wäre die entscheidende Frage auch in dieser Tarifrunde gewesen und nicht, was geben die öffentlichen Kassen gerade her! Im Übrigen kann die Politik sehr wohl etwas für ihre Einnahmeseite tun, vor allem sind hierbei endlich die großen Vermögen und Superreichen in die Pflicht zu nehmen. Wer hat eigentlich in den letzten Jahrzehnten von den Steuererleichterungen und -geschenken profitiert, wieso geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander und wieso ist das Vermögen bei den Superreichen trotz Corona weiter stark am Wachsen? Völlig leistungslos übrigens und dafür liegt auch kein Naturgesetz vor!

Diese strukturellen Ungleichgewichte lassen sich sicher nicht allein mit den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst beheben. Aber es muss aus meiner Sicht eine radikale politische Wende für eine lebenswerte Zukunft, gerade im Hinblick auf unsere Kinder und Enkel(!), eingeleitet werden. Schließlich stehen noch größere Herausforderungen, insbesondere beim Klimaschutz, an. Ein „weiter so“ und zurück zum alten Denken und Handeln darf es nach Corona nicht geben. Diesen Ansatz erkenne ich nicht einmal im Entferntesten beim Innenminister, auch nicht bei vielen Regierungsgliedern. Deren Credo lautet unverdrossen „Wirtschaftswachstum“, ohne Rücksicht auf die immer weniger werdenden Ressourcen.

Respektabel bei diesem Tarifabschluss finde ich, dass insbesondere die besonders belasteten Pflegeberufe und die unteren Entgeltgruppen profitieren. Dieser Ansatz ist richtig und muss weiterverfolgt werden. Aber ist dies alleine ausreichend??? Aus meiner Sicht, ganz sicher nicht.

Wir brauchen in diesem Sinne einen starken Staat und nicht vergessen:

Wir sind es wert! ■

Thomas Scheunert  
KG Fulda

## NUK- / CASTOR-TRANSPORT DURCH OSTHESSEN...

### ...UND DAS KINZIGTAL. AUCH DAS HABEN WIR GESCHAFFT...

Am 04.11.2020 war nicht nur die „heiße Phase“ im US-Wahlkampf um die Präsidentschaft, sondern zur gleichen Zeit richteten sich die Augen und Ohren auf ein anderes Ereignis...

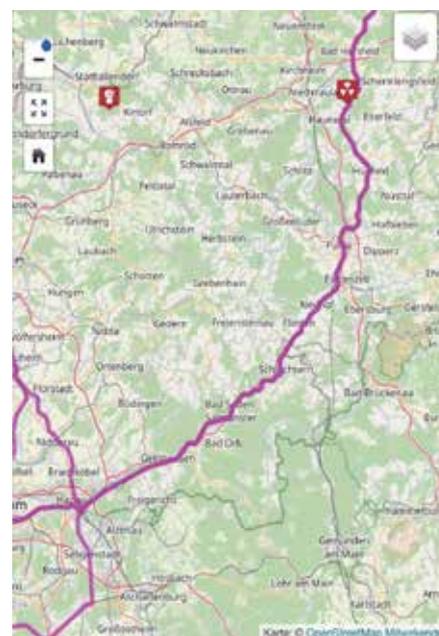
Nach 9 Jahren Pause und 25 Jahren nach dem ersten Castor-Transport fährt wieder ein NUK-Transport quer durch Deutschland. Gegen 19:45 Uhr startete der Transport im niedersächsischen Nordenham. Um 00:50 Uhr erreichte er die Landesgrenze von Hessen und rollt weiter in Richtung Kassel. Als der Zug gegen 02:00 Uhr Sontra passierte, bestätigte sich die Vermutung, dass der Castor-Transport durch Osthessen und den Main-Kinzig-Kreis in Richtung Biblis fahren wird.

Eigentlich hatte es sich schon den ganzen Tag in unserer Region abzeich-

net. Der aufmerksame Betrachter konnte den ganzen Tag die Aktivitäten rund um den Bahnhof Hünfeld beobachten. Das THW stellte Lichtmasten auf, Zufahrten wurden gesperrt und ein erhöhtes Polizeiaufkommen war festzustellen.

In der Nacht wurde dann der ein oder andere durch Hubschraubergeräusche aus dem Schlaf gerissen. Hierbei handelte es sich um die Helikopter der Luftüberwachung, die die Strecke vor der Durchfahrt mehrfach abflogen. Als dann schließlich der 650 m lange Castor-Transport über die Gleise durch die osthessische Nacht fuhr, standen mehrere Schaulustige friedlich an der Strecke und beobachteten den Zug bei der Durchfahrt.

Im Bahnhof Hünfeld tauschte die Bundespolizei die Zugbegleiter aus. Die Dieselloks wurden betankt und kontrol-





liert. Nach gut zwei Stunden Pause fuhr der Castor weiter in Richtung Kinzigtal. Sowohl Osthessen als auch den Bereich Südosthessens passierte der Castor-Transport ohne größere Zwischenfälle. Lediglich eine kleine Verzögerung gab es, die sich aber nicht gravierend auf den Gesamttransport und die Fahrtdauer auswirkte.

Erst im letzten Streckenabschnitt in Biblis kam es zu einer Gleisbesetzung durch Atomkraftgegner. Diese konnte aber ohne größere Probleme geräumt werden und der Castor-Transport erreichte gegen 08:00 Uhr sein Ziel in Biblis.

Die 500 km lange Strecke von Nordensham bis nach Biblis wurden von mehreren

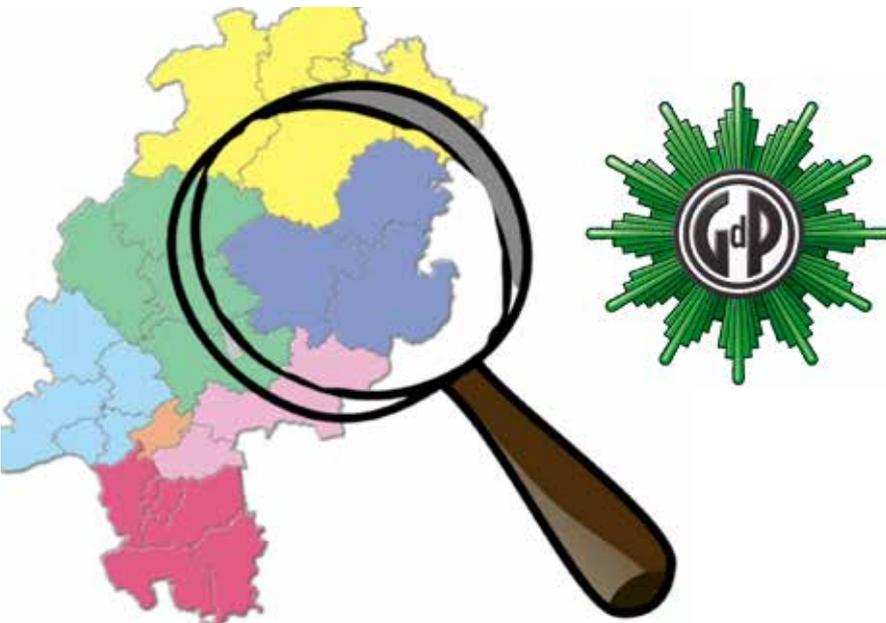
tausend Polizistinnen und Polizisten der Bundes- und Landespolizeien geschützt. Durch ein ausgefeiltes Hygienekonzept versuchte die Polizeiführung eine Durchmischung von Einsatzkräften zu verhindern. Verpflegung gab es an unterschiedlichen Orten im „Einbahnstraßenprinzip“. Bezüglich der Abstandsregel war natürlich auch Selbstdisziplin von den Einsatzkräften gefordert.

Nichtsdestotrotz wäre eine Verschiebung des Transportes sinnvoll und angebracht gewesen. Letztendlich kann niemand abschätzen ob es zu Ansteckungen kam oder nicht. Für die hessischen Einsatzkräfte wäre eine „Ruhephase“ im Hinblick auf das Einsatzgeschehen und die Räumung des Dannenröder Forstes angemessen gewesen.

Ja, wir sind bereit gewesen und wir haben es geschafft, ABER musste das wirklich jetzt sein? ■

Text und Bilder: OH-MM

## JUBILÄUM DER BEZIRKSGRUPPE OSTHESSSEN



Wir befinden uns im Jahr 2000 n.Chr. Ganz Hessen sollte in 6 Polizeipräsidien aufgeteilt werden...Ganz Hessen? Nein! Eine von unbeugsamen Gewerkschaftlern bewohnte Region im Osten Hessens hört nicht auf für ein eigenes Polizeipräsidium zu kämpfen. Und das Leben war nicht leicht für die hessischen Politiker in Wiesbaden, Kassel, Fulda, Lauterbach, Bad Hersfeld...

Vor fast genau 20 Jahren trafen sich die unbeugsamen Gewerkschafter der GdP und gründeten im Rittersaal der Schlitzer Vorderburg die GdP-Bezirksgruppe Osthessen.

Durch den Regierungswechsel im Jahre 1999 n.Chr. wurden „gravierende Strukturveränderungen“ bei der Hessischen Polizei angekündigt. Prompt erhob sich der Anspruch auf ein eigenes Poli-

zeipräsidium im Osten Hessens. Hätten doch die umliegenden Regionen gerne die östliche Region unter sich aufgeteilt, aber durch den Widerstand der Osthessen und den unermüdlichen Einsatz von Ewald Gerk kam alles ganz anders.

Die Entwicklung des Polizeipräsidiums und der GdP-Bezirksgruppe Osthessen hat den Protagonisten recht gegeben, dass es eine richtige Entscheidung für das PP Osthessen war.

Beide Institutionen haben einen gut angesehenen und hohen Stellenwert im Lande Hessen.

Auf Grund der Pandemie ist es der Bezirksgruppe Osthessen nicht möglich das 20-jährige Jubiläum zu feiern. Der BZG-Vorstand wird sich diesbezüglich zusammensetzen und eine entsprechende Lösung finden.

Es liegt übrigens nicht nur am Zaubertrank, sondern auch am guten Kümmelbrot, das gepaart mit den geheimen Ingredienzien des osthessischen Honigs Zauberkräfte verleiht. ■

OH-MM

# DER 9. NOVEMBER – GESCHICHTSTRÄCHTIGER TAG

## ERFAHRUNGEN UND DIE GEGENWÄRTIGE GESELLSCHAFTLICHE SITUATION

Am 9. November 1938 haben seit Jahrhunderten gesteigerte und organisierte Vorurteile zu Verbrechen geführt, die allein schon den Ruf des deutschen Volkes schwer belasten. Die bis Kriegsende politisch organisierten über sechs Millionen Morde von Juden und Andersdenkenden in den Konzentrationslagern bleiben schwerwiegende Verbrechen an der Menschheit.



Bilder: Mohrherr/dpa

Weil gegenüber Juden bestehende Vorurteile nicht durch eigene Erfahrungen entstanden, sondern durch unbelegte Glaubensvorstellungen, ist es dringend geboten, das Volk, besonders jedoch Lehr- und Sicherheitskräfte über Ursachen und Folgen der Wissenslücken, Einstellungen und Taten nachhaltig zu informieren.

Gefestigte Tatsachenkenntnisse sind eine sichere Grundlage, verführerisch-schädigenden Einflüssen zu widerstehen.

Der 9. November ist für Deutsche der geschichtsträchtigste Tag des 20. Jahrhunderts.

Mit dem 9. November sind verhängnisvolle, aber auch glückliche Ereignisse und Erinnerungen verbunden. 1918 wurde die erste deutsche Demokratie ausgerufen, die 1933 ein unrühmliches Ende fand.

1923 hätte der „Hitler-Ludendorff-Putsch“ eine wirksame Warnung vor den ab 1933 folgenden nationalistischen Egoismen sein können.

Die Reichspogromnacht 1938, in der jüdische Geschäfte und Synagogen brannten, gehört zu den beschämenden, aber auch ständig in Erinnerung gerufenen Kapiteln dunkelster deutscher Geschichte.

Die danach folgende Unterdrückung, Vertreibung und Ermordung von mehr als sechs Millionen Juden in den Konzentrationslagern wird Deutschland noch lange als geschichtliche Hypothek belasten.

Dagegen wird der 9. November 1989 als Freudentag unsere Geschichte prägen.

Die friedliche Revolution in der DDR führte zum Ende der kommunistischen Diktatur und zum Fall der Berliner Mauer mit der Wiedervereinigung am 3.10.1990. „Geschichte ist die Lehrerin des Lebens.“

Diese wertvolle Erkenntnis stammt vom römischen Schriftsteller und Philo-

soph Marcus Tullius Cicero, der 106 bis 43 v.Chr. lebte.

Sie war wohl auch die Motivation für unsere Kultusministerkonferenz zu beschließen, in jedem Jahr am 9. November einen Projekttag in den Schulen durchzuführen.

Ziel des Projekttages ist es, eine vertiefte Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert anzugehen.

Im Auswahlverfahren für den Polizeidienst werden Geschichtskennnisse und demokratische Grundhaltung der Bewerber eingehend überprüft.

Während des dreijährigen Studiums an der Hochschule für Polizei und Verwaltung werden Kenntnisse zur Polizeigeschichte, zu Staat, Verfassung und Grundrechten vertieft, sodass die künftigen Ordnungshüter den Diensteid als überzeugte Demokraten ohne Bedenken oder gar Hintergedanken ablegen können.

Wegen der seit Jahren zunehmenden stressigen Anforderungen im Dienst werden die Beamten intensiv darauf vorbereitet, sich insbesondere in Konfliktsituationen nicht provozieren zu lassen.

Dennoch ist nicht auszuschließen, dass Einzelne später zu Dienstpflichtverletzungen verleitet werden.

Seit der Jahrtausendwende, insbesondere nach der „Zäsur“ des NSU-Skandals, ist aber „das Problembewusstsein gestiegen“.

Angesichts verschiedener polizeiinterner Bildungsmaßnahmen mit dem Ziel, das Wissen um Rechtsextremismus zu verbessern, die Toleranz sowie die soziale respektive interkulturelle Kompetenz der Polizistinnen und Polizisten zu stärken, ist das „Bemühen unverkennbar, Fremdenfeindlichkeit bei der Polizei zunehmend offensiver anzugehen.“

Allheilmittel, geschweige denn Selbstläufer sind diese Maßnahmen jedoch nicht. Unverzichtbar bleiben die wissenschaftliche Begleitung und die regelmäßige Supervision.

Wir üben das Gewaltmonopol aus und müssen jederzeit vorbehaltlos für die freiheitlich demokratische Grundordnung einstehen.

Gerade deshalb haben wir im internationalen Vergleich sehr hohe Anforderungen an die Voraussetzungen und die charakterliche Eignung von Bewerbern.

Ständig weiterentwickelte Standards bei Aus- und Fortbildung lassen beispielsweise einen Vergleich der deutschen mit der Polizei der USA nicht zu, um auf die Vorwurfslagen im Zusammenhang mit der Ermordung von George Floyd zu reflektieren.

Rechte Chatgruppen von Polizeibeschäftigten (in mehreren Bundesländern), sorgen nicht nur für Betroffenheit der deutlichen Mehrheit rechtschaffener Polizeibediensteten, auch die Bevölkerung und die Medienlandschaft ziehen daraus Schlüsse.

Von Intoleranz und Hass darf sich ein Polizist niemals leiten lassen.

Dies führt zu einem hohen Maß an Vertrauensverlust in der Bevölkerung, der nur langsam wiederaufgebaut werden kann.

Vertrauen entsteht durch Professionalität der Polizei. Dabei muss die Polizei das Gewaltmonopol mit der notwendigen Integrität ausüben – ohne Rücksicht darauf, wer Beschuldigter oder Opfer ist.

Fremdenfeindlichkeit, Judenhass und Rassismus bleibt für Polizisten tabu.

Wer als Polizist Nazi-Devotionalien sammelt, und/oder Verbindungen zu Fremdenhass neigenden Gruppen pflegt, kann kein überzeugter Demokrat sein.

Er verdient es nicht „geschont“ zu werden, weil er dem Berufsbild schadet.

Polizisten wissen, dass derart erhebliche Dienstpflichtverletzungen mit Entfernung aus dem Dienst geahndet werden. Bei etwa 325.000 Polizisten in Deutschland (mit BKA und Bundespolizei) ist es jedoch maßlos übertrieben, aus den Einzelfällen auf rechtsradikale Tendenzen in der Polizei zu schließen.

Ganz klar: wir schützen als Polizei keine politische Haltung – weder rechts noch links!

Der seit 19. Juli 1950 bestehende Zentralrat der Juden warnt seit Jahren vor zunehmendem Antisemitismus.

Laut BKA Präsident Münch gehen schon seit Jahren mehr als die Hälfte der politisch motivierten Straftaten von der rechten Szene aus. Mehr noch: nach den Anschlägen von Halle und Hanau und

dem Mord an Dr. Lübcke erfahren wir eine neue Qualität der Gewalt. Wenn Hass, Hetze und Bedrohungen dazu führen, dass sich Menschen aus Engagement, Ehrenamt und Mandat zurückziehen – oder gar vor Angst ihre Religion nicht mehr offen ausleben wollen, erreichen antisemitische Straftaten ein demokratiegefährdendes Ausmaß. Auch über institutionellen Rassismus oder den Vorwurf rassistischer Polizeipraxis wird weiter gestritten werden.

Entsprechende Vorwürfe sollten die Behörden ernsthaft prüfen und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar aufklären, nicht zuletzt, um einem schwindenden Vertrauen gegenüber Polizeibehörden entgegenzuarbeiten.

Der Fall NSU hat gezeigt, dass die Polizei durch Fehler und Fehleinschätzungen in Teilen der Gesellschaft in tiefgreifende Legitimationskrisen geraten kann.

Die konsequente Umsetzung der seit 2013 formulierten umfassenden Reformmaßnahmen für die Polizei bleibt eine Daueraufgabe.

Ebenso werden die Abwehr und Aufklärung rechtsmotivierter Straf- und Gewalttaten sowie das Vorgehen gegen organisierten Rechtsextremismus ein zentrales Feld polizeilicher Arbeit bleiben.

Wie gut die Polizeibehörden zur Bewältigung dieser und kommender Herausforderungen gerüstet sein werden, bleibt abzuwarten.

Ich jedenfalls habe vor über 33 Jahren den Polizeiberuf aus Überzeugung ergriffen. Dies würde ich auch heute jederzeit wieder tun!

Jens Mohrherr

## PERSONAL...

### ...BZW. DER MANGEL AN DIESEM IM PP SOH

Seit einigen Jahren weisen wir in jeder Personalversammlung auf den omnipräsenten Personalmangel im Polizeipräsidium Südosthessen hin. Am deutlichsten sind die Unterschiede im Schichtdienst sowie bei der Anzahl der Tarifbeschäftigten zu spüren, aber auch andere Organisationseinheiten sind betroffen. Zwar ist die Anzahl an Personal gestiegen, an der Basis ist davon aber wenig angekommen.

Durch Corona konnte nun ganz Hessen testen, wie sich das 4-Schicht-System anfühlt – auf den meisten Stationen außerhalb des PP SOH gibt es das seit Jahrzehnten nicht mehr. Während der ersten Welle wurden alle Präsidien auf das 4-Schichtsystem umgestellt und hatten so den Vorteil, dass sie, anders als in SOH, somit etwas mehr Personal durch die aufgelösten 5. Dienstgruppen in den verbliebenen 4 Dienstgruppen hatten. Die sogenannte „Coronastreifen“ konnten somit außerhalb des PP SOH mit mehr Personen pro Dienstgruppe bewältigt werden. In keinem der Präsidien hat sich die Meinung gebildet, dass das 4-Schichtsystem besser sei, im Gegenteil, die Kolleginnen und Kollegen in den anderen Präsidien wollten eher früher als später in das 5-Schichtsystem zurück.

Bedingt durch den kräftezehrenden Einsatz in Mittelhessen wurde im LPP der Wunsch geweckt, nun wieder ganz Hessen auf das 4-Schichtsystem umzustellen. Schon die ersten Gerüchte, dass dies der Fall sein könnte, lösten in der Kollegenschaft in Hessen großen Unmut aus, und die Vorlage einer hessenweiten Umstellung wurde vom Hauptpersonalrat abgelehnt.

Zweimal wurde also im Jahre 2020 deutlich, dass die Kolleginnen und Kollegen außerhalb des PP SOH **keinerlei Interesse an einer Umstellung von 5 auf 4 Schichten** haben. Dieses gefürchtete und abgelehnte Krisensystem ist in SOH jedoch Dauerzustand, mit dem Unterschied, dass es auf einigen Dienststellen in SOH bereits schwierig ist, unsere 4 Dienstgruppen personell voll zu bestücken. **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** ist oftmals schwer möglich.

Die **gesundheitlichen Auswirkungen** des Schichtdienstes über einen langen Zeitraum sind generell drastisch. Laut dem Schlafforscher Dipl.-Biol. Albrecht Vorster stirbt jemand, der sein Leben lang im Schichtdienst gearbeitet hat, bis zu 7 Jahre früher. Jeder Nachtdienst begünstigt körperliche und geistige Krankheiten. Somit muss der Arbeitgeber, in unserem Falls also das Land Hessen, nach unserer

Ansicht den Schichtdienst so organisieren, dass er so gesundheitsschonend wie möglich erfolgen kann.

Die **Attraktivität für Pendler** ist mit dem 4-Schichtsystem auch sehr gering. Wer Wahlmöglichkeiten hat, wird sich dem Präsidium mit dem System zuwenden, das ihm in seiner Lebensplanung am ehesten zusagt.

**Nach wie vor bleibt also der Wunsch bestehen, dass alle Schichtdienststellen in SOH personell so ausgestattet werden, dass eine 5. Schicht zumindest möglich wäre, wenn das Personal mehrheitlich dafür ist.**

Bei einigen wäre dies bereits zum jetzigen Zeitpunkt rechnerisch möglich, jedoch nicht bei allen. Dazu sei gesagt, dass eine Änderung des Schichtsystems (egal ob auf 5 Dienstgruppen, BSM oder völlig andere Systeme) auf jeder Schichtdienststelle möglich ist, sofern sich dafür eine einfache Mehrheit findet, und nach erfolgreichem Probelauf eine deutliche Mehrheit der Schichtdienstler der Dienststelle dafür votieren. Bei Fragen dazu sprech uns gerne an.

Generell ist auch klar, dass die **Stärken** in den Schichten überprüft werden sollten. Diese sind vielerorts seit Jahrzehnten gleich oder geringer, obwohl die Bevölkerung gerade im urbanen Raum

stark angewachsen ist. Hier sollte dringend hessenweit verglichen werden, denn bei gleicher Bezahlung sollten auch die Arbeitsbedingungen hessenweit gleich sein.

Nicht zuletzt sei erwähnt, dass im 4-Schichtsystem die **Aufstiegsmöglichkeiten** im Schichtdienst auf jeder Station schlechter sind als im 5-Schichtsystem, da es je einen DGL und einen VDGL weniger gibt.

Sehr niedrig ist auch der Anteil der **Tarifbeschäftigten**, speziell im Vergleich

mit anderen Präsidien. Dieses Defizit resultiert vermutlich daraus, dass bei der Entstehung des PP SOH keine anderen Behörden mit ihren Tarifbeschäftigten (damals noch Angestellte und Arbeiter genannt) mit in das PP SOH einfließen. Dass es also z.B. Polizeistationen gibt, die nicht mal auf eine ganze Stelle im Tarifbereich kommen, ist mehr als unverständlich und ungerecht.

Selbstverständlich gibt es auch in anderen Bereichen personelle Lücken, im

Schichtdienst sind sie allerdings am offensichtlichsten. Das beste neue Präsidium nutzt nichts, wenn das entsprechende Personal nicht vorhanden ist.

Wir wünschen uns, dass Hessen endlich als Einheit gesehen wird und gleiche Verhältnisse hergestellt werden. Niemand in Hessen soll dadurch weniger Personal haben, aber es gilt, dass diejenigen, die seit Jahrzehnten zu wenig haben, endlich aufschließen können! ■

Markus Hüschentbett

## EINSATZBETREUUNG IN HANAU

### PROFESSIONELLE ARBEIT ALLER EINSATZKRÄFTE

Am 11.11.2020 führte die Bezirksgruppe Südosthessen anlässlich einer Demonstration von sog. „Querdenkern“ in Hanau eine Einsatzbetreuung durch. Über 100 Kolleginnen und Kollegen konnten mit Süßigkeiten versorgt werden.

Die Einsatzbetreuung durch Vertreterinnen und Vertreter der GdP und der Personalräte ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Das persönliche Gespräch über kleinere oder auch größere Probleme während eines Einsatzes wurde vor Ort gerne angenommen. Auf die Weise lassen sich nicht nur Kalorien verteilen, sondern auch neue Erkenntnisse gewinnen und pragmatische Lösungen finden, wie es in der Vergangenheit oft der Fall war.

Das alles beherrschende Thema war allerdings nicht die Einsatzlage in Hanau, sondern die seit Wochen andauernde Situation bei den Rodungsarbeiten in Mittelhessen, die durch die langen Einsatzzeiten die Kolleginnen und Kollegen stark belastet werden. Gerade die Vereinbarkeit von Beruf und Familie leidet darunter.

Abschließend möchten wir als GdP Südosthessen an dieser Stelle einen ganz wichtigen Punkt herausstellen: Die professionelle Arbeit aller Einsatzkräfte vor Ort und in den Einsatzleitungen! Insbesondere in der Zeit der Corona-Pandemie haben Polarisierung und Populismus zugenommen, und bei den erhitzten Gemütern gilt es einen kühlen Kopf zu bewahren. Einmal mehr haben dies die Kolleginnen und Kollegen durch frühzeitiges konsequentes Einschreiten und einer deeskalierenden Strategie unter Beweis gestellt. ■

Markus Hüschentbett,  
BZG Südosthessen



Hinter den Masken: Katja Uffemann (rechts) und Markus Hüschentbett